

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) VRCh-Korrespondenten in der BRD

Ting Jang-jen, einer der leitenden Redakteure in der Pekingener Hsinhua Zentrale, ist zum neuen Chefkorrespondenten in der chinesischen Nachrichtenagentur in der BRD berufen worden. Ting, der am 1.3.73 in Deutschland eintraf, war bisher Leiter der Redaktion für westliche Staaten in der internationalen Abteilung von Hsinhua. Er tritt an die Stelle von Wang Shu, der als erster chinesischer Geschäftsträger in der Bundesrepublik amtiert.

Nach dem Ausscheiden Shus wurde das Bonner Hsinhua-Büro vorübergehend von Wang Jen-yi geleitet, der künftig als zweiter Korrespondent in der BRD arbeiten wird. Als dritter chinesischer Korrespondent wirkt seit einiger Zeit ein Vertreter der Pekingener Zeitung Kuang-ming jih-pao in der Bundesrepublik.

Im Zuge der Gegenseitigkeit sind jetzt ebenfalls drei Korrespondenten aus der Bundesrepublik in Peking, nämlich je ein Vertreter der dpa, der "Welt" und der "Frankfurter Allgemeinen".

(2) Heinemanns Telegramm an Tung Pi-wu

Hsinhua berichtete am 26.3.73, daß Gustav W. Heinemann, Präsident der BRD, an Tung Pi-wu, den amtierenden Vorsitzenden der VRCh, ein Schreiben mit folgendem Inhalt gesandt hat: "Die Nachricht von dem schweren Erdbeben in Südwest-China hat mich sehr erschüttert. Im Namen meiner Landsleute sende ich Ihnen hiermit mein tiefes Mitgefühl". (NCNA 26.2.73) (vgl. C.a. 73/3-Ü 52)

WESTEUROPA

(3) Griechenland: Amtsantritt des chinesischen Botschafters

Am 5.7.72 waren die Regierungen Griechenlands und der VRCh übereingekommen, diplomatische Beziehungen auszutauschen (Näheres dazu C.a. 72/6-Ü2). Eine erste diplomatische Delegation Pekings kam am 17.11.72 in die griechische Hauptstadt, um die Einrichtung der chinesischen Botschaft vorzubereiten. Mitte März traf nun auch der chinesische Botschafter Chou Po-p'ing in Griechenland ein. Chou, der von 10 Mitarbeitern begleitet war, wurde am Flughafen von hohen Beamten des griechischen Außenministeriums sowie von den Botschaftern Rumaniens und Albaniens in Athen empfangen. Die regimerefreundliche Athener Morgenzeitung "Freie Welt" hat das Ereignis in großen Schlagzeilen bekanntgegeben. In einem Artikel mit der Überschrift "Mit optimistischen Perspektiven" äußert sich das Blatt zum Stand der griechisch-chinesischen Beziehungen sehr positiv. Die griechischen Machthaber versprechen sich von der Normalisierung ihres Verhältnisses zu Peking u.a. auch innenpolitische Vorteile, nicht zuletzt auch die Vertiefung der ohnehin bestehenden Konfusion innerhalb der zersplitterten Linken Griechenlands. (NZZ, 21.3.73)

(4) Spanien: Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VRCh

Mit Wirkung vom 9.3.73 haben die VRCh und Spanien diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufgenommen. Im Kommuniqué vom 9.3.73 heißt es u.a. "Die Regierung des spanischen Staates anerkennt die Regierung der VRCh als die einzige rechtmäßige Regierung Chinas und bestätigt den Standpunkt der chinesischen Regierung, daß Taiwan eine Provinz der VRCh ist. Die Regierung des spanischen Staates beschloß, ihre offizielle Vertretung in Taiwan vor dem 10.4.73 aufzugeben." (NCNA 10.3.73) Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen waren bereits im Herbst 1972 von Außenminister Lopez Bravo mit der chinesischen UNO-Mission geführt worden. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, Cerón, brachte die Verhandlungen in Hongkong zum Abschluß, wo er mit Beamten des chinesischen Auswärtigen Amtes konferierte. Bisher hatte Spanien als der beste Freund der Kuomintang-Regierung in Europa gegolten. Nachdem die konsularisch u.a. auch für W-Deutschland zuständige Vertretung aus Belgien abziehen mußte, wurde das "Hauptquartier" Taiwans nach Madrid verlegt. Von dorthier waren dann auch eine Zeitlang die Visa für solche Westeuropäer ausgegeben worden, die nach Taiwan zu reisen beabsichtigen. Am 10. April muß die Vertretung Taiwans in Madrid geschlossen werden. Der Botschafter Taiwans in Madrid hat sein Bedauern über die spanische Entscheidung ausgedrückt und bemängelt, daß er erst durch eine Meldung der spanischen Zeitung "Pueblo" von diesem wichtigen Schritt unterrichtet wurde, also einen Tag bevor das spanische Außenministerium ihm offiziell Bescheid gab. Nationalchina hat jetzt in Europa nur noch zwei Botschaften: nämlich in Portugal und beim Vatikan.

Der taiwanesischen Botschafter rechnet damit, daß die Beziehungen Madrids mit Peking den Status seiner 600 Landsleute in Spanien nicht berühren. Über die Weiterführung von Handels- und Kulturbeziehungen erwarte er Instruktionen aus Taipei.

Sowohl Spanien als auch China hatten gute Gründe für die gegenseitige Annäherung.

- Spaniens Schritt erfolgte im weiteren Vollzug seiner Ostpolitik. Nach der DDR ist die VR China das zweite kommunistische Land, mit dem Spanien Botschafter austauscht (Die Beziehungen zu Kuba, jetzt auf der Basis von Geschäftsträgern - waren freilich nie unterbrochen!). Auf den Handel werden die neuen Beziehungen wohl kaum große Auswirkungen haben. Wenigstens rechnet Madrid nicht mit einem schnellen ansteigen der kommerziellen Beziehungen. Noch 1971 lag der spanische Import bei 37,6 Mio. Pesetas, 1972 erreichte er bereits 982 Mio. Pesetas. Es wurden hauptsächlich Felle und Häute für die spanische Lederindustrie eingeführt, um die zu stark steigenden Preise in Spanien unter Kontrolle zu halten. Nach China exportiert wurden 1972 Waren für 34,7 Mio. Pesetas. Eines der ersten Ziele der Spanier nach der Aufnahme der politischen Beziehungen dürfte es sein, das Defizit der spanischen Exporte auszugleichen. (Der Handel mit Taiwan stand 1972 mit 139 Mio. Pesetas für Exporte und 133 Mio. für Importe zu Buch. Wahrscheinlich wird dieses Volumen auch in Zukunft beibehalten.) Davon abgesehen aber wird die Aufnahme der dipl. Beziehungen eher als politischer Erfolg der spanischen Regierung gewertet. Die internationale Position Spaniens ist stärker geworden.

- Chinas Interesse ergab sich aus seiner seit Monaten systematisch betriebenen, von antisowjetischen Motiven fundamentierten Mittelmeerpolitik. Mit Ausnahme von zwei Anliegerstaaten - Israel und Libyen - unterhält China jetzt normale Beziehungen mit sämtlichen Anliegerstaaten des Mittelmeers. Chinas Stellung in diesem Gebiet ist nun - trotz seiner weiten geographischen Entfernung - unverhältnismäßig stark. Es hat gute Freunde auf dem Balkan (Albanien, Rumänien, Jugoslawien), es unterhält freundschaftliche Beziehungen mit den Regierungen von Frankreich und Italien. Außerdem hat die konsequente Feindseligkeit gegen Israel den Chinesen zahlreiche arabische Freunde eingebracht. Einer der großen Laudatoren Chinas in den letzten Wochen war u.a. der ägyptische Journalist Mohammed Hai kal. Chinesische Botschafter sitzen auch in Malta und auf Zypern. Es wird wohl auch nicht mehr lange dauern, bis auch Libyen mit Peking offizielle Beziehungen errichtet haben wird. Wie weit Peking in seiner Politik gegen Moskau gehen kann, hat es nicht zuletzt auch durch Aufnahme offizieller Beziehungen mit Griechenland und der Türkei bewiesen.

(5) Portugal: Janusköpfige Politik

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Madrid und Peking verbleiben in Europa nur noch drei Staaten, die mit der VR China noch keine diplomatischen Beziehungen unterhalten: nämlich der Vatikan, Irland und das Weintraubenland Portugal (葡萄牙), wie es in der phonetischen Übersetzung des Namens heißt.

China nimmt gegenüber Portugal eine zwiespältige Haltung ein.

- Einerseits läßt es durch seine Massenkommunikationsmittel den "portugiesischen Kolonialismus" in Afrika immer wieder aufs schärfste verurteilen und ruft die verschiedenen Befreiungsbewegungen zum Widerstand gegen die "portugiesischen Söldnertruppen" auf. JMJP nahm am 26. Januar die Ermordung des Generalsekretärs der "Afrikanischen Bewegung für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln," Amilkar Cabral, zum Anlaß, um zusammen "mit dem Volk von Guinea und den Völkern anderer afrikanischer Länder" den "portugiesischen Kolonialismus für sein erneutes Verbrechen aufs schärfste zu verurteilen". Angesichts des immer stärkeren Widerstands der Befreiungsbewegung habe Lissabon keine andere Möglichkeit mehr gesehen, als zur ultima ratio Zuflucht zu nehmen und seine Söldner zu einem Überfall auf Konakri, die Hauptstadt Guineas, zu veranlassen. Der Grund für diesen Überfall lag darin, daß das Hauptquartier der Befreiungsbewegung unter Cabral im Januar 1960 in Konakri aufgeschlagen worden war". Doch seien all diese Machenschaften des portugiesischen Kolonialismus zum Scheitern verurteilt. Seit die Befreiungsbewegung am 23. Januar 1963 ihren ersten Schuß abgab und in der Stadt Tite im Süden von Guinea-Bissau eine Offensive begann, hätten die patriotischen Streitkräfte zwei Drittel des Landes mit Hilfe der Bevölkerung befreit. Im Süden seien bereits "verhältnismäßig stabile befreite Gebiete" entstanden. In diesen Arealen gebe es auch bereits effektive Machtorgane; die Wirtschaft, das Erziehungs- und Gesundheitswesen entwickelten sich im Vertrauen auf die Kraft des Volkes (dazu PRu 1973, Nr.5, S.13 f.) (zu weiteren Aktionen

"chinesischer Unterstützungspolitik" in Afrika, besonders in Guinea-Bissau, vgl. C.a.72/7-Ü14 und C.a.74/2-Ü12).

- Andererseits zeigt sich die VRCh gegenüber Portugal in Bezug auf Macao mehr als großzügig. U.a. soll dort der Hafen weiter ausgebaut werden. Eine solche Investition wäre kaum getätigt worden, hätte Portugal von China nicht gewisse Rückversicherungen erhalten (Näheres C.a.72/12-Ü68).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(6) UdSSR tilgt chinesische Ortsnamen in Sibirien

Hsinhua (NCNA 7.3.1973) hat in scharfen Worten zu einem sowjetischen Beschluß Stellung genommen, die chinesischen Namen einer Reihe von Ortschaften in dem umstrittenen Grenzgebiet am Ussuri (Heilungkiang) in russische abzuändern. Die Namensänderungen seien in der ersten Nummer des "Bulletins des Obersten Sowjets" für 1973 enthalten. Es handle sich dabei um Städte, die in einem Gebiet liegen, das 1860 durch das zaristische Rußland mittels "ungleicher Verträge" den Chinesen weggenommen worden sei. Hsinhua bezeichnet einen Bericht der "New York Times" als zutreffend, wonach die Sowjetunion bestrebt sei, jeden Beweis dafür zu beseitigen, daß ein Teil des sowjetischen Sibirien früher einmal chinesisch gewesen sei. Überhaupt hätten die Sowjetrevisionisten ja kein Mittel gescheut, "die Geschichte zu entstellen. Sie haben aus dem Nichts ein scheußliches Lügengebilde zusammengebraut, demzufolge die am linken Ufer des Heilungkiang (Amur) und am rechten Ufer des Ussuri liegenden Gebiete niemandem gehört hätten und zuerst vom zaristischen Rußland entdeckt worden seien. Den Sowjetrevisionisten zufolge waren diese Gebiete niemals von den Mandschus - von Chinesen ganz zu schweigen - besiedelt worden".

Daß die Stadt "Suchan" in "Partisansk", also "Stadt der Guerillas" umbenannt worden sei, möge noch angehen. Daß man aber die Namen alter zaristischer Aggressoren, die man in der während der dreißiger Jahre veröffentlichten Großen Sowjet-Enzyklopädie noch als Hauptwortführer der zaristischen Kolonialpolitik bezeichnet habe, ohne Veränderung stehen lasse, stelle einen Höhepunkt der Ironie dar. Nach wie vor existieren Namen wie "Nikolajewsk", einst benannt nach dem Zaren Nikolaus, "Pojarowo" nach Pojarow, dem "berüchtigten Henker und Kannibalen", "Chabarowsk" nach Chabarow, dem "Hauptwortführer der Aggressionspläne der Kolonialpolitik des zaristischen Rußland im Fernen Osten" und viele andere.

Trotz all diese Machenschaften lasse sich der Landraub der Zaren jedoch nicht vertuschen. Es gebe auf dem vom zaristischen Rußland besetzten Territorium so viele chinesische und mandtschurische Namen und Sprachen anderer Völker, daß es ganz unmöglich ist, sie alle auszulöschen. "Selbst wenn man alle in der Sowjetunion vorhandenen Atlanten verbrennen würde und alle Ortsnamen durch russische ersetzte, blieben doch die Atlanten und Karten, die in anderen Ländern veröffentlicht wurden, nach wie vor als Zeugnisse übrig".

Zusammen mit dem beiderseitigen Truppenaufmarsch in Sibirien und mit dem Scheitern der 18. Konferenz der Gemeinsamen Grenzschriftfahrtskommission sind diese neuerlichen Auseinandersetzungen ein erneuter Beweis für die nach wie vor schwelende Feindschaft zwischen beiden Staaten.

(7) Gemeinsame Chinesisch-Sowjetische Kommission für Schifffahrt auf den Grenzflüssen:

18. Treffen

Wie Hsinhua (NCNA 8.3.) meldet, hat die "Gemeinsame Chinesisch-Sowjetische Kommission für Schifffahrt auf den Grenzflüssen" vom 15. Januar bis 5. März 1973 in Heiho (Provinz Heilungkiang) ihr 18. reguläres Treffen abgehalten. Jede Seite habe Bericht über die Schifffahrt und die Arbeit an den Schiffswegen erstattet. Es sei beschlossen worden, daß die 19. reguläre Tagung zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt in der Sowjetunion abgehalten werden soll. Man habe auch einen gemeinsamen Bericht über die 18. reguläre Tagung ausgearbeitet und beiderseits unterzeichnet. Hinsichtlich der auf der Tagung erörterten Fragen sei keine Übereinstimmung erreicht worden. Die "Gemeinsame Chinesisch-Sowjetische Schifffahrtskommission" fungiert aufgrund des Abkommens zwischen beiden Staaten vom 2. Januar 1951 ("Abkommen über die Grenzschiifffahrt und über Grenzbauten im Bereich der Flüsse Amur, Ussuri, Argun, Sungach und des Khankasees" (Text in: "Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil 5, Verträge mit kommunistischen Staaten", bearbeitet im Institut für Asienkunde Hamburg, Bd. XII Nr. 5 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Wiesbaden 1971, S. 431 ff)). Die Kommission regelt Angelegenheiten wie z.B. die Frage, an welchen Stellen die Fahrinnen der Flüsse durchzuräumen sind, wer die Kosten für solche Ausräumungsarbeiten zu tragen hat, wer für die auf den Grenzflüssen zu erstellenden Schifffahrtseinrichtungen (Anlagen, schwimmende und feste Flußzeichen etc.) zu sorgen hat u.ä.

Die Verhandlungen dieser Kommission sind zu unterscheiden von den gleichzeitig laufenden Grenzverhandlungen in Peking. Beide Verhandlungsinstitutionen stehen andererseits jedoch miteinander in einem engen Sachzusammenhang.

(8) UdSSR: Maoismus, ein'eklektisches System"

In den Jahren 1963/64 erreichten die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking ihren Höhepunkt. Anschließend flauten diese Streitigkeiten von chinesischer Seite nahezu völlig ab, da man in Peking davon ausging, daß ein inzwischen dem Revisionismus verfallendes Regime kein würdiger Partner mehr für ideologische Diskussionen sei.

Ganz anders die Sowjetunion, die in ihren offiziellen Medien den alten ideologischen Streit immer wieder aufzuwärmen versucht. Am 22.2.73 brachte TASS z.B. eine Erläuterung zum "Maoismus". Diese Lehre könne als eklektisches System von Ansichten definiert werden, das die traditionellen Regeln des Konfuzius, kleinbürgerliche Ideen, extrem nationalistische Konzepte und einige marxistische Lehrsätze auf einen Nenner zu bringen versuche. Drei Beispiele für diese Behauptung hob der Verfasser V. Andrejew hervor:

- Maos Wirtschaftskonzepte basierten auf Subjektivismus und Voluntarismus. Die Bewegung des "Großen Sprungs nach vorn" habe die objektiven Wirtschaftsgesetze völlig mißachtet und sei einer durch und durch voluntaristischen Einstellung entsprungen. Auch das Prinzip der Freiwilligkeit des Beitritts zu den Volkskommunen sei damals mißachtet worden.

- Auch die "Theorie über die Fortsetzung der Revolution un-

ter der Diktatur des Proletariats" sei nichts anderes als eine theoretische Begründung der Notwendigkeit periodischer Säuberungen und Unterdrückungen. Mao vertrete die Idee, daß der Klassenkampf ein legitimes und unausweichliches Phänomen nicht nur unter dem Sozialismus, sondern auch unter dem Kommunismus sei (Kommentar: Der letzte Halbsatz ist unrichtig! Klassen und Klassenkämpfe gibt es nach Mao nur noch in der Periode des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus!)

- Ein gutes Beispiel dafür, wie die chinesische Führung sich für den Freiheitskampf revolutionärer Bewegungen einsetze, sei das Verhalten Pekings gegenüber Ostbengalen. Weit davon entfernt, diesen Kampf zu unterstützen, hätten die maoistischen Führer der pakistanischen Militärjunta bei ihren Unterdrückungsversuchen beigestanden. Schließlich habe China sogar den inzwischen unabhängig gewordenen Staat Bangla Desh von der UNO fernhalten wollen.

- Der Maoismus sei alles in allem nichts anderes als schlichter "Antikommunismus". Der Kampf um Reinheit des Marxismus-Leninismus, um Stärkung der Einheit der kommunistischen Bewegung und der gesamten anti-imperialistischen Front sei daher undenkbar ohne entschlossenen Kampf gegen den Maoismus. (Zur antichinesischen Propaganda der UdSSR vgl. auch C.a. 73/4-Ü18).

(9) Tschechoslowakei tauscht Presseagenturen mit der VRCh aus

Nach zehnjähriger Unterbrechung wurde das Prager Büro der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua (NCNA) wieder eröffnet. Der Bürochef Wu Hsin-hui ist bereits in Prag, während Karel Brotanek, der neuernannte Peking Korrespondent der Nachrichtenagentur CETEKA in Kürze seinen Posten antreten wird. Dem Vernehmen nach ging die Initiative für einen Austausch von Korrespondenten der Nachrichtenagenturen von tschechoslowakischer Seite aus. In den vergangenen Jahren war CETEKA die einzige osteuropäische Agentur, die in China nicht vertreten war.

Prag war während der fünfziger Jahre die Zentralstelle der NCNA in Europa. Im August 1963 jedoch - also auf dem Höhepunkt der chinesisch-sowjetischen Ideologieauseinandersetzungen - wurde dem Prager Büro der Agentur das Agrement durch das Außenministerium der CSSR entzogen. Peking protestierte damals mit scharfen Worten. Es sei doch Aufgabe einer Agentur, den Standpunkt der kommunistischen Partei sowie der Regierung des eigenen Landes wiederzugeben. Wie könne man nur verlangen, daß Nachrichten der NCNA mit dem Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung und der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei konform seien? Der wirkliche Grund für die tschechoslowakische Maßnahme zur Schließung des Zweibüros liege doch wohl in der Furcht vor dem marxistisch-leninistischen Standpunkt, der von der chinesischen Regierung und Partei vertreten werde. Man könne zwar das Zweigbüro schließen, nicht aber die Stimme der Wahrheit unterdrücken (Näheres dazu: "Verträge der VR China mit anderen Staaten, Teil 5: Verträge mit kommunistischen Staaten" hrsg. vom Institut für Asienkunde, Bd. XII/5 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Wiesbaden 1971, S. 484 ff.).

Seit ihrer Ausweisung aus Prag ist die Zentrale der europäischen NCNA nach London übersiedelt (76 Chancery Lane, London WC2).

(10) Sowjetische Fernsehsendungen nach China

In Choibalsan, der östlichsten Stadt der Mongolischen Volksrepublik, soll eine sowjetische "Urbita"-Fernsehstation errichtet werden. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, täglich Fernsehprogramme aus der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern nach China auszustrahlen.

NORDAMERIKA**(11) USA - VRCh: Leiter der Verbindungsbüros jeweils hochgestellte Diplomaten**

Präsident Nixon hat den ehemaligen amerikanischen Botschafter in Bonn, David K.E. Bruce, zum Leiter des amerikanischen "Verbindungsbüros" ernannt, das am 1. Mai in Peking eingerichtet werden soll. David K.E. Bruce ist der einzige amerikanische Diplomat, der Botschafter seines Landes in den drei wichtigsten europäischen Hauptstädten - London, Paris, und Bonn - war und der im Laufe der Jahre zum Doyen der amerikanischen Diplomaten aufrückte.

Im Zweiten Weltkrieg war Bruce zunächst Beauftragter des Roten Kreuzes in London und ließ sich dann vom Office of Strategic Services, dem Vorläufer der CIA, anwerben. Nach dem Kriege war er kurze Zeit Abteilungsleiter im Handelsministerium, dann Chef der Auslandshilfemission in Europa und begann 1949 als Botschafter in Paris seine eigentliche diplomatische Laufbahn. 1957-1959 war er Botschafter in Bonn, 1961-1969 Botschafter in London und 1970-1971 amerikanischer Delegationsleiter bei den Vietnam-Verhandlungen in Paris (Die Welt 19.3.73).

Mit 75 Jahren ist Bruce der am längsten im auswärtigen Dienst tätige Beamte des amerikanischen Foreign Service. Außerdem gehört er zur gleichen Altersgruppe wie sein prominentester Gesprächspartner, Chou En-lai, der gleichfalls 75 Jahre alt ist.

Obwohl die amerikanische Niederlassung nominell nur ein "Verbindungsbüro" ist, wird die amerikanische Mission voraussichtlich doch die meisten der in Peking akkreditierten 70 formellen Botschaften ausstechen, zumindest was zwei Kriterien angeht: nämlich Erfahrung des Missionschefs und Zugang zu den höchsten Spitzen der chinesischen Führung. Die Mission wird zu Beginn ihrer Tätigkeit etwa 20 Stabsmitglieder aufweisen und entspricht damit in der Größe etwa der kanadischen Botschaft. Im Vergleich dazu weist die sowjetische Botschaft eine Stärke von rd. 250 Mann auf, von denen jedoch die Hälfte nicht unmittelbar in diplomatischen Diensten tätiges Personal ist. Da die Chinesen alle Arbeitskräfte aus der sowjetischen Botschafter zurückgezogen haben (Angst vor Kollaboration?), sind die Sowjets gezwungen, vom Küchenpersonal bis zu den Taxichauffeuren sämtliches Personal aus dem eigenen Lande mitzubringen. Im Gegensatz dazu kann die amerikanische Mission ohne Schwierigkeiten chinesisches Personal anfordern.

Die VRCh hat den bisherigen Botschafter in Paris, Huang Chen, zum Leiter des Verbindungsbüros in Washington ernannt. Huang ist das einzige ZK-Mitglied unter den Botschaftern der VRCh. (Näheres zu seiner Person siehe Personalien).

(12) USA-Agenten von VRCh freigelassen

Am 9. März wurde John Downey, ein früherer CIA-Agent, der 1952 in China eingekerkert worden war, vorzeitig entlassen. Präsident Nixon hatte sich persönlich für ihn verwendet. Hsinhua meldete das Ereignis der Entlassung mit folgenden Worten: "John Thomas Downey, alias Jack Donovan, Spion der "Central Intelligence Agency" der USA, männlich, 43 Jahre, geboren in Connecticut, USA, drang am 29. November 1952 an Bord eines Spionageflugzeugs im Nordosten Chinas heimlich in den chinesischen Luftraum ein und wurde verhaftet, nachdem sein Flugzeug abgeschossen worden war. Das Militärtribunal des Obersten Volksgerichts der VRChina verurteilte Downey im November 1954 zu lebenslänglicher Haft. Das Urteil wurde am 13. Dezember 1971 in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt. Aufgrund der Tatsache, daß Downey seine Verbrechen gestand und sich bei der Verbüßung seiner Strafe gut führte, beschlossen die Organe der Diktatur seine Begnadigung und unverzügliche Freilassung. John Thomas Downey wurde am 12. März unter Bewachung abgeschoben" (NCNA 12.3.73).

Neben Downey wurden noch zwei weitere ehemalige amerikanische Piloten entlassen. "Der 39-jährige Philip Smith war am 20. September 1965 mit einem amerikanischen Kampfflugzeug vom Typ F-104 über der Insel Hainan abgeschossen worden. Robert Flynn, Flugzeugführer der US-Marine, drang am 21. August 1967 mit einem Düsenflugzeug vom Typ A-6a über Kuangsi in Chinas Luftraum ein und wurde dort abgeschossen" (NCNA 15.3.73). Beide wurden am 15. März entlassen. Schritte dieser Art beseitigen weitere Hindernisse auf dem Wege zu einer besseren Verständigung zwischen Peking und Washington.

LATEINAMERIKA**(13) Entwicklungshilfe an Chile**

In einem Interview des "Radio Impacto" (Panama) vom 7.2.73 gab der chilenische Botschafter in Panama an, daß Außenminister Almeyda bei seinem kürzlichen Besuch in Peking einen Entwicklungshilfekredit von 100 Mio. \$ zu "niedrigem Zins" (wirklich Zins?) eingeräumt bekommen hat - eine Summe, die erst nach 1982 zurückgezahlt werden muß.

(14) Mexicos Präsident auf China-Reise

Am 29.3.73 trat der mexicanische Präsident Echeverria Alvarez eine einmonatige Weltreise in politischer Mission an. Er wird Canada, Großbritannien, Belgien, Frankreich, die Sowjetunion und die VRCh besuchen. Ein Hauptanliegen Echeverrias auf dieser längsten Reise, die je ein mexicanischer Präsident unternommen hat, ist die Förderung der mexicanischen Exporte.

AFRIKA**(15) Afrika-Politik der VRCh**

Noch 1964, als Chou En-lai auf seiner "Safari durch Afrika" etwa ein Dutzend afrikanischer Länder besuchte, ging es den Chinesen darum, der Tendenz "Afrika ist reif für die Revolution" Nachdruck zu verleihen. Anfang der sechziger Jahre förderte China z.B. im Kongo - dem heutigen Zaire - die sich auf

Lumumba berufenden Rebellen. In Niger stellte Peking sich hinter die revolutionäre Sawaba-Partei, in Kenya hinter Odingas "Volksunion" und in Senegal hinter die "Afrikanische Unabhängigkeitspartei". Ende 1964 drangen in Niger Guerillas ein, die in China ausgebildet worden waren. Doch blieb Chinas Einfluß im wesentlichen begrenzt auf Guinea, Mali und das Ghana Kwame Nkrumahs, der dann ausgerechnet während seines offiziellen Besuches in China 1966 durch einen Militär-Coup ausgebootet wurde.

Die revolutionäre Marschrichtung der Chinesen führte zur Schließung von Korrespondenz-Büros in mehreren Staaten Afrikas, so in Kenya, Dahome und in der Zentralafrikanischen Republik (1965), ferner in Ghana (1966). Noch 1968 wurden aus Senegal zwei Korrespondenten ausgewiesen.

All diese Rückschläge erzwangen nach und nach einen Kurswechsel. Die neue Taktik Pekings wurde deutlich im Zusammenhang mit dem Sturz Modibo Keitas von Mali (1968), der die chinesischen Emissäre nicht etwa zum Rückzug, sondern zur Kooperation mit den Führern des Militärputsches veranlaßte.

Noch deutlicher wurde diese neue Linie im Dezember 1970, als diplomatische Beziehungen zwischen China und dem Kaiserreich Äthiopien aufgenommen wurden. Im folgenden Sommer empfing Mao Haile Selassie sogar persönlich unter großem Propaganda-Aufwand. Äthiopien erhielt bei dieser Gelegenheit einen Kredit von 80 Mio. US-\$ und veranlaßte Peking, seine bisherige direkte Waffenhilfe an die Erythräische Befreiungsfront einzustellen.

Im Zuge des Kurswechsels von der "Revolution" zur anti-sowjetischen Interessenpolitik kam es auch zu einer überraschend schnellen Besserung der Beziehungen zwischen China und dem größten Staate Afrikas, Zaire (dazu C.a. 1972/2-Ü15). Eine Kehrtwendung war 1972 auch in Madagaskar zu verzeichnen, wo sich seit dem Sturz des Präsidenten Tsirana eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China angebahnt hat, die dann auch zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führte.

Besonders spektakulär und immer wieder in den Kommunikationsmitteln hervorgehoben ist das Tan-Sam-Eisenbahnprojekt, bei dem nicht weniger als 2500 Brücken und Viadukte zu erstellen, 19 Tunnel und 147 Bahnhöfe zu bauen sind und bei dessen Finanzierung die Chinesen unvergleichliche Großzügigkeit haben walten lassen.

China arbeitet heute mit allen möglichen politischen Bewegungen zusammen, seien sie nun konservativ, gemäßigt oder aber radikal. Kontakte werden sowohl zum Feudalherrscher Haile Selassie wie zum "Sozialisten" Nyerere und zu "Marxisten-Leninisten"; vor allem zu einzelnen Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau gepflegt.

Wie sich 1972 der "Kampf gegen Aggression und Intervention" entwickelte, schildert ein zusammenfassender Artikel (PRu 1973, Nr. 4, S. 7 ff.). Mauritius, Tansania, Somalia, Kenya, Madagaskar und andere Länder verurteilten - wie es in diesen Ausführungen heißt - die militärischen Aktivitäten der Supermächte im Indischen Ozean und unterstützten den Vorschlag, den Indischen Ozean in eine Friedenszone zu verwandeln (Vereinte Front gegen die sowjetische Seewegestrategie im Indischen Ozean!). Kongo, Kamerun, Mauretanien, Dahome

und Madagaskar hätten ferner in der Zwischenzeit die Revision der vor Jahren mit den früheren Kolonialländern abgeschlossenen "ungleichen Abkommen über die Zusammenarbeit" durchgesetzt. Dies beweise ebenfalls die Entschlossenheit der afrikanischen Staaten, selbständig zu sein und ihre staatliche Souveränität zu verteidigen. Ägypten habe für seine entschlossene Aktion gegen fremde Aggression, Subversion und Intervention und zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit allgemeine Anerkennung gefunden (hiermit ist der Hinauswurf der Sowjets gemeint!). Nigeria habe ausländischen Ölgesellschaften weitere Ölkonzessionen verweigert und überdies zwischen 33 und 51 % der Aktien von sechs ausländischen Ölgesellschaften übernommen.

Auch die Politik der gegenseitigen Unterstützung habe 1972 Fortschritte gemacht. Besonders hervorzuheben sei dabei die Gipfelkonferenz in Afrika von 40 afrikanischen Ländern im Juni 1972, die die völlige Befreiung des afrikanischen Kontinents von ausländischer Oberherrschaft gefordert habe. Bei dieser Gelegenheit habe man das jährliche Budget des afrikanischen Befreiungsrates zum Zwecke der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen um 50% erhöht. Im September 1972 habe die 8. Gipfelkonferenz der ost- und zentralafrikanischen Länder, an der 15 Staaten teilnahmen, erklärt, daß die unabhängigen, an den Grenzen von Kolonialgebieten liegenden Staaten künftig als direkte Stützpunktgebiet für die verschiedenen Nationalen Befreiungsbewegungen fungieren würden.

Auch militärisch habe man eine gemeinsame Sprache gefunden. Guinea, Tansania, Kongo und Senegal z.B., die durch militärische Provokationen der portugiesischen Kolonialisten bedroht worden seien, hätten im Verein mit anderen afrikanischen Staaten diese Eingriffe schärfstens verurteilt. Die 9. Gipfelkonferenz der afrikanischen Länder habe überdies deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ein Angriff gegen einen Mitgliedstaat als Aggression gegen alle Mitglieder der OAU (Organisation der Afrikanischen Einheit) angesehen werde.

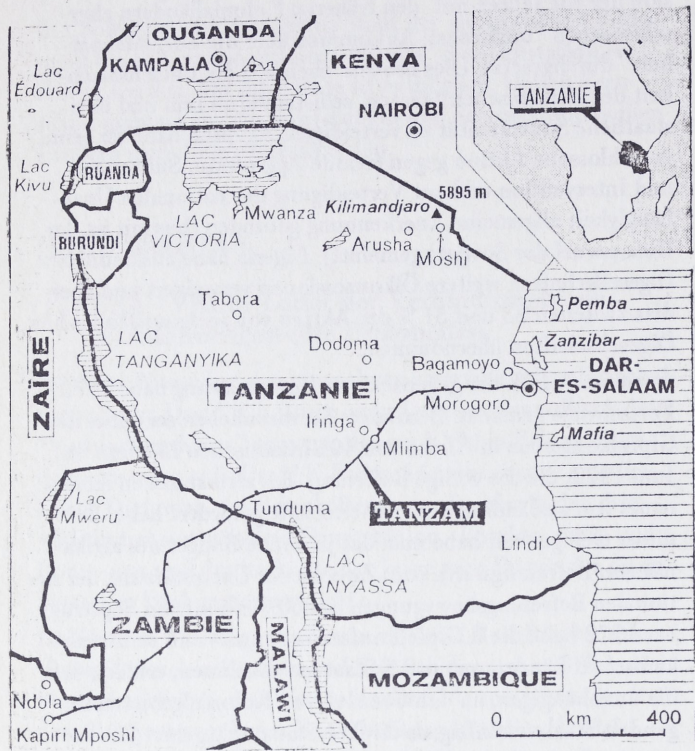
Wie wichtig der afrikanische Kontinent geworden sei, beweise u.a. die Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates vom Januar 1972 in Addis Abeba, wo wichtige, Afrika betreffende Resolutionen gefaßt wurden.

Einen Sieg habe die afrikanische Einheit auch im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in München errungen. Es sei ihrem gemeinsamen Einspruch zu verdanken gewesen, daß die Einladung an das rassistische Regime von Rhodesien rückgängig gemacht wurde.

Im 2. Ausschuß der UNO-Vollversammlung (Wirtschaft und Finanzen) habe der vereinte Kampf der afrikanischen Länder auf einer Sitzung im November 1972 zur Annahme einer Resolution geführt, der zufolge das neue Sekretariat für Umweltschutz seinen Sitz in Nairobi, der Hauptstadt Kenyas, erhalten soll. Dadurch sei eine Veränderung in der unvernünftigen bisherigen Standortverteilung der UNO-Hauptquartiere und ihrer Spezialorganisationen (Nordamerika und Westeuropa) herbeigeführt worden.

All diese Ereignisse bewiesen, daß der Versuch der Supermächte, die internationalen Angelegenheiten zu manipulieren und zu kontrollieren, immer mehr an der Einheit und am gemeinsamen Kampf der Völker scheitere.

Verlauf der von der VRCh gebauten Tan-Sam-Bahn



(16) Kameruns Präsident in Peking

El Hadj Ahmadou Uhidjo, Präsident der Bundesrepublik Kamerun, traf am 25.3.73 zu einem offiziellen Besuch in Peking ein. Er wurde am 26.3. u.a. auch von Mao Tse-tung empfangen (NCNA 26.3.73). Beim Bankett am 26.3. wies Chou En-lai auf den zweiten Jahrestag der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen China und Kamerun hin, ging kurz auf die Geschichte Kameruns und auf den neuen Fünfjahresplan des Landes ein und hob sodann mit Genugtuung hervor, daß die Regierung von Kamerun "eine Politik der Blockfreiheit verfolge und sich für die Stärkung der Einheit und Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt sowie für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen mit allen Völkern" einsetze. Vor allem auch widersetzte sich Kamerun den Versuchen der Supermächte, über das Schicksal anderer Länder zu bestimmen, und unterstütze ihre "südafrikanischen Brüder in ihrem gerechten Kampf gegen koloniale Unterdrückung und weißen Rassismus". Chou fuhr fort: "Obwohl China und Kamerun weit voneinander entfernt sind, haben wir das gleiche Los der Teilung und Versklavung durch den Imperialismus und Kolonialismus geteilt Die Beziehungen zwischen unseren Staaten sollten auf den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen" (NCNA 26.3.73).

NAHOST

(17) Ägyptens Außenminister in der VRCh

Am 12. März kam der ägyptische Außenminister Mohammed Hassan Zayyat in Peking an, um die chinesische Führung über

Ägyptens Perzeption des Nahostkonfliktes zu unterrichten. Minister Zayyat verurteilte den "internationalen Imperialismus", der Ägypten politisch und wirtschaftlich unter Druck setze und würdigte die Haltung der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes zur arabischen Sache, vor allem der Palästinafrage. Das palästinensische Volk allein sei Herr seines Schicksals (NCNA 13.3.73) (Zur Haltung der VRCh im Nahostkonflikt vgl. C.a.73/2-Ü17 u.18).

Unter anderem traf Zayyat auch mit dem Außenminister der Königlichen Exilregierung der "Nationalen Union Kambodscha" zusammen (NCNA 13.3.73). Hierin manifestierte sich das Interesse der Chinesen, die Sache Kambodschas aller Welt vor Augen zu führen.

Peking unterhält mit einer Reihe von arabischen Staaten und Befreiungsbewegungen enge Kontakte. U.a. besitzt die Palästinensische Befreiungsorganisation ein permanentes Vertretungsbüro in der chinesischen Hauptstadt. Allerdings geht China auch hier differenzierend vor: Es nahm beispielsweise von dem Diplomatenmord, der durch den "Schwarzen September" in Khartum verübt wurde, keinerlei Notiz, brachte damit also indirekt seine negative Einstellung zum Ausdruck.

Die besten Beziehungen im arabischen Raum unterhält Peking mit der Volksrepublik Südyemen. Doch auch Kuwait und Syrien stehen hoch in chinesischer Gunst.

Zweifellos sind die Chinesen nicht in der Lage, der sowjetischen Wirtschafts- und Militärhilfe an Ägypten die Waage zu halten. Insofern kommt dem Besuch des ägyptischen Außenministers in Peking wohl vor allem politische Bedeutung zu. Nicht zuletzt sollte mit der Visite die Unabhängigkeit Ägyptens unter Beweis gestellt werden (Vgl. auch C.a.1972/7 S.20 ff "Hat China Chancen in Ägypten?").

(18) Moskau zu Haikals China-Huldigungen

Eine der begeistertsten Schilderungen über den sozialistischen Aufbau der VRCh hat Haikal, der Chefredakteur von "Al Ahram" nach seiner Chinareise im Februar 1973 veröffentlicht. Die Art und Weise, wie Radio Moskau zu dieser Artikelserie Haikals Stellung nimmt, liefert einen weiteren interessanten Aspekt zum Dreiecksverhältnis zwischen Moskau, Peking und Kairo. Die Artikelserie rufe "Gefühle der Enttäuschung, des Erstaunens und der Verärgerung hervor". Es sei enttäuschend, daß ein so erfahrener Journalist seinen Lesern keine neuen Ideen oder Beobachtungen habe vermitteln können. Man sei geneigt anzunehmen, er habe nicht China, sondern lediglich ein Büro besucht, das sich in der Nähe von "Al Ahram" befinde, nämlich die dortige Hsinhua-Filiale, die ihn mit billigem Propagandamaterial versorgte. Enttäuschend seien die Berichte vor allem auch deshalb, weil der Autor mit unverhohlenem Wohlwollen die voreingenommenen und unwahren Äußerungen der Chinesen über die Sowjetunion entgegengenommen habe. In wessen Interesse handle Haikal eigentlich, wenn er die Sowjetunion so gezielt verleumde? (MD Asien , 7.3.73 S.1 ff.).

Asien

(19) Indien zwischen USA und VRCh?

Die indische Regierung zeigt sich über die Tatsache, daß ihr bei den Friedensverhandlungen über Vietnam keinerlei Mitsprache-

rechte eingeräumt wurden, enttäuscht und verärgert. Indien gilt - wie man feststellen mußte - heute nicht mehr als blockfreie Nation, sondern wird - zumindest emotional - der Sowjetunion zugerechnet. Vor allem auf Seiten der Chinesen, aber auch bei den Amerikanern herrschte diese Ansicht vor. Kann es sich Indien leisten, sowohl zu Peking als auch zu Washington weiterhin kühle Distanz zu wahren? Es ist klar, daß eine solche Haltung umso bedenklicher wird, je mehr sich Amerikaner und Chinesen einander nähern.

Wie der Korrespondent der "New York Times", Bernard Weinraub, aus Neu Delhi zu berichten weiß, sucht Frau Gandhi aus dieser heiklen Situation die Konsequenzen zu ziehen. Einige ihrer Ratgeber, die besonders prosovietisch sind, verlieren angeblich bereits an Einfluß. Der wichtigste Sekretär der Premierministerin, P.N. Haksar, der sich stets für engere Anlehnung an Moskau ausgesprochen hatte, wurde vor kurzem seines Postens enthoben.

Frau Gandhi weiß offensichtlich, worauf es ankommt, wenn in den chinesisch-indischen Beziehungen endlich das Eis brechen soll. Allerdings ist hier noch nicht mehr als ein "erster Schritt auf einem Marsch von 10 000 Li" getan, um die Sachlage mit einem Wort Mao Tse-tungs zu umschreiben.

(20) Indien: Missionstätigkeit des Dalai Lama

Der Dalai Lama, der 1959 von Tibet nach Indien floh, hat inzwischen Mittel und Wege gefunden, um sich dort eine breitere Gemeinde von Gläubigen zu schaffen. Am 11. März führte er eine Masseneremonie durch, bei der 2 000 "Unberührbare" vom Hinduismus zum Buddhismus tibetischer Prägung konvertierten. Das stärkste Argument des Dalai Lama war, daß der Buddhismus jedermann akzeptierte, ohne Rücksicht auf seine Kaste.

Obwohl der Status der Unberührbarkeit 1955 durch ein staatliches Gesetz abgeschafft werden sollte, leben doch noch etwa 100 Mio. Inder de facto nach wie vor im traditionellen Zustand des Ausgestoßenseins. Dem Dalai Lama steht also noch ein weites Reservoir für die Gewinnung von Proselyten zur Verfügung (IHT 12.3.73).

(21) Indonesische Auslandschinesen in Hong Kong gestrandet

Nach Meldungen der indonesischen Nachrichtenagentur Antara vom 1.3.1973 sitzen z.Zt. etwa 10 000 Überseechinesen aus Indonesien in Hong Kong und Macao fest, weil sie sowohl von der indonesischen wie von der chinesischen Regierung keine Einreisegenehmigung bekommen. Ihre Zahl wächst ständig weiter, seitdem die chinesische Regierung zahlreichen Überseechinesen, u.a. solchen aus Indonesien Ausreisegenehmigungen erteilt. Die indonesische Regierung ist jedoch nicht bereit, diesen Personen die Wiedereinreise zu gestatten. Vor allem die beinahe mimosenhafte Furcht der Regierung in Djakarta vor kommunistischer Infiltration dürfte dafür maßgebend sein. Das kritische Auslandschinesenproblem in Indonesien wird damit erneut deutlich. Eine offizielle Schätzung spricht von 1,2 Mio. Chinesen mit indonesischer Staatsangehörigkeit, weiteren 1,2 Mio. Staatenlosen und 350 000 Chinesen mit Pekingpaß. Aufgrund des chinesisch-indonesischen Vertrags von 1955 über die doppelte Staatsangehörigkeit sollte das Auslandschinesenproblem in Indonesien endgültig aus der

Welt geschafft werden - ohne Erfolg, wie sich später herausstellte. In den Augen der indonesischen Bevölkerung gelten die wohlhabenden Chinesen weiterhin als verhasste Ausländer. Man schätzt, daß etwa 80 % des in Privathand verbliebenen Geldumlaufs von ihnen kontrolliert werden. Angeblich werden auch bis zu 5 % des Geschäftsgewinns illegal ins Ausland überwiesen. Bereits im Mai 1959 wurde der gesamte "ausländische" (sprich: chinesische) Kleinhandel in den ländlichen Gebieten verboten. Auch hatten sich die Chinesen aus Westjava zurückzuziehen. Diskriminierungen gab es auch noch auf anderen Gebieten: Viele ihrer Geschäfte wurden vom Staat bzw. von der Armee übernommen. Manche zahlen doppelte bis dreifache Stromgebühren. Für Export- und Importlizenzen werden sie mit höheren Gebühren belastet als die Einheimischen. Selbstverständlich ist es ihnen auch unmöglich, irgendwelche Beamtenposten zu erhalten. Der Gebrauch der chinesischen Sprache in der Öffentlichkeit ist verboten. Chinesische Namen müssen in indonesisch klingende umgewandelt werden. Chinesische Zeitungen sind ebenfalls verboten. Untersagt sind ferner alle chinesischen Schulen und Universitäten. Unter diesen Umständen erfolgte der erste große Exodus aus Indonesien 1960-61 (50- bis 60 000 staatenlose Chinesen verließen damals das Land. In den 60er Jahren hatte die Volksrepublik China vermutlich 160 000 Landsleute aus Indonesien aufzunehmen. Als Rechtfertigung für die scharfe Diskriminierung gegen die Chinesen wurde von amtlicher Seite vorgebracht, es handele sich bei ihnen um die "fünfte Kolonne Pekings". Diese Behauptung wurde jedoch u. a. dadurch widerlegt, daß sich unter den Aufständischen vom September 1965 kaum Chinesen befanden. Infolge der scharfen Verfolgungsmaßnahmen trat das Paradoxon ein, daß Chinesen, die bestimmt vorher nichts mit dem Kommunismus zu tun haben wollten, nun in die Arme der Linken getrieben wurden - nicht, weil sie es wollten, sondern weil ihnen ganz einfach keine andere Wahl blieb.

Die Suharto-Regierung hat inzwischen eingesehen, daß sie es sich nicht leisten kann, die unternehmerischen Fähigkeiten eines Bevölkerungsteiles von 3 Mio einfach zu negieren. Auch sind die Chinesen eine ideale Balance gegen die fanatischen konservativen Moslemparteien. Schließlich haben gerade auch chinesische Unternehmer mit die höchsten Beiträge für die Wahlkampfkasse der Golkar (der Stände-"Partei" Suahartos) geleistet. Trotz dieser gerade in neuerer Zeit wieder positiver werdenden Sichtweise der indonesischen Regierung ist sie nach wie vor darauf bedacht, den Zündstoff des chinesischen Problems nicht wieder dadurch zu vermehren, daß sie potentiellen Rückwanderern die Einreise gestatten.

(22) Japan: Ankunft des chinesischen Botschafters

Am 27. März traf der neue chinesische Botschafter Ch'en Ch'u (陈楚) in der japanischen Hauptstadt ein: (Biographie: Ca.73/3 S. 93). Zu seiner Begrüßung waren außer hohen japanischen Regierungsbeamten einige der engsten offiziellen Freunde Chinas, nämlich die Botschafter Pakistans, Jugoslawiens, Tansanias und Zaires auf dem Flughafen erschienen. Die befürchteten antichinesischen Ausschreitungen blieben aus. Lediglich eine kleine Gruppe Rechtsradikaler protestierte am Rande des Flughafengeländes. Der Einzug des Botschafters war von gewissen Mißklängen beglei-

tet. Die japanische Regierung hatte nämlich entschieden, daß die Diplomaten aus Peking in die frühere nationalchinesische Botschaft einziehen können, womit die Japaner abermals gegenüber den Nationalchinesen wortbrüchig geworden sind, da sie diesen versprochen hatten, über das Botschaftsgebäude nur nach vorhergehender Konsultation mit Taipei zu verfügen. Möglicherweise wird diese "Unterwürfigkeit" der Japaner gegenüber Peking die Kritik südostasiatischer Staaten hervorrufen.

Der japanische Botschafter in der VRCh, Heishio Ogawa, verließ Japan am 29.3.72, um am 31.3. in Peking seine Geschäfte aufzunehmen. (J.T. 30.3.72)

(23) Japan: 8. Kongress der in Japan lebenden Chinesen

Am 23. und 24. Februar fand in Tokyo der 8. Kongreß der in Japan lebenden Chinesen statt. Bei den Ansprachen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die in Japan lebenden Chinesen bei der Förderung der freundschaftlichen Beziehungen mit den Japanern eine wichtige Rolle spielten. Betont wurde auch, daß Taiwan ein unveräußerlicher Teil der VR China sei. Die Landsleute in Taiwan sollten ihr Verständnis für das sozialistische Mutterland vertiefen und zur Befreiung der Insel beitragen. "Auf dem Kongreß herrschte eine enthusiastische Atmosphäre der Einheit und des Patriotismus" (NCNA, 1.3.73)

(24) Japans Militär probt den Ernstfall

China Aktuell (72/2-Ü 24) hat bereits darauf hingewiesen, daß die Chinesen in letzter Zeit mehr Verständnis für die Selbstverteidigungspolitik Japans zeigen. In diesem Zusammenhang sind die Verteidigungsvorstellungen der japanischen Streitkräfte interessant, die Anfang März 1973 bekannt wurden.

Diesen Vorstellungen liegen folgende Gesichtspunkte zu grunde: Die hohe Verwundbarkeit des Inselstaates gegenüber militärischen Angriffen; keine Möglichkeit, japanische Streitkräfte im Ausland zu stationieren; keine nuklearen Waffen; keine Militärausgaben, über die im Fünfjahresplan vorgesehenen Etamittel hinaus (hierzu Näheres in C.a. 1972/9 S.16 ff).

Vorsorgemaßnahmen sind nach den Verteidigungsvorstellungen gegen 2 Staaten zu richten, nämlich gegen China und die Sowjetunion.

- Gegenüber China kommt es darauf an, eventuelle subversive Maßnahmen in den verwundbaren Ballungszentren abzuwehren. Man geht bei der Planung der Abwehrmaßnahmen von einem verhältnismäßig kleinem Kontingent wohltrainierter chinesischer Kommandos aus, die zusammen mit japanischen Sympathisanten die Kontrolle über Radio- und Fernsehstationen übernehmen und lebenswichtige Eisenbahn- und Straßenverbindungen sowie Elektro- und Wassersysteme unterbrechen.

Hypothetisch wird aber die Verbreitung von falschen Instruktionen und Informationen angenommen, die darauf abzielen, Panik auszulösen. Gegen solche Subversionsakte kämen eher polizeiliche als militärische Mittel in Betracht.

- Ganz anders die Abwehrmaßnahmen gegenüber der Sowjetunion: Hier wird ein konventioneller Angriff im Stile des Einmarsches in die Tschechoslowakei von 1968 unterstellt, der unter Ausnutzung der Überraschung erfolgt. Vor allem gelte hier, Fall-

schirmjäger, die über den Städten abspringen sollen, rechtzeitig abzufangen. Dabei käme der japanischen Luftwaffe mit ihren über 900 Kampfflugzeugen eine wichtige Abwehrfunktion zu. Die Rolle der Marine andererseits würde darin bestehen, die Häfen zu bewachen und feindlichen Nachschub zur See so weit wie möglich abzuschneiden. Da die Kriegsmarine Japans jedoch nur über bescheidene Kontingente verfügt, würde sie einer überlegenen Seemacht voraussichtlich nur etwa 3 - 4 Tage standhalten.

Die entscheidende Abwehraufgabe fiel deshalb letzten Endes der 180.000 Mann starken Armee zu. Die hätte zunächst in geschlossenen Verbänden und mit konventionellen Mitteln Abwehrmaßnahmen zu treffen, sich anschließend jedoch in kleine Guerilla-Einheiten aufzuspalten, um in dieser Form die Nachschublinien des Feindes zu stören und dem Feind die Besetzung wichtiger Industriezentren so schwer wie möglich zu machen. Dieser Kampf müßte mindestens 10 Tage möglichst aber drei Wochen lang durchgehalten werden, damit der japanischen Politik genügend Spielraum verbliebe, um Hilfsmaßnahmen der USA einzuleiten. Die 7. US-Flotte hat nach japanischen Vorstellungen von der Kamtschatka-Halbinsel in Sibirien aus zu operieren und von dort die japanischen Streitkräfte zu entlasten.

Es ist bezeichnend für das japanische Denken, daß die US-Basen in Japan für die Strategie der japanischen Armee kaum von Bedeutung sind. Vermerkt sei auch noch, daß die Verteidigungskonzeption nicht mit einem intensiven Widerstand der Volksmassen rechnet, wie es etwa in Israel oder der Schweiz vorgesehen ist (IHT, 5.3.1973)

(25) Kambodschas Exilregierung begeht den 3. Jahrestag ihrer Gründung

Anläßlich des 3. Jahrestages der Gründung der Nationalen Einheitsfront und der Nationalen Befreiungsstreitkräfte Kambodschas sandten der amtierende Präsident der VRCh, Tung Pi-wu, und Ministerpräsident Chou En-lai an Norodom Sihanouk, den "Staatschef und Vorsitzenden der Nationalen Einheitsfront Kambodschas", ein Grußtelegramm, in dem es hieß, daß die Völker Chinas und Kambodschas Waffengefährten seien, daß sie beide der gleichen Rasse angehörten und daß das chinesische Volk den gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes gegen die "verräterische Lon-Nol-Clique, die bald vom Volk begraben wird", nach wie vor unterstütze (NCNA, 22.3.73.)

(26) Pakistan: sowjetische "Fischereioffensive"

Hsinhua (NCNA 3.73) hat einen weiteren Ansatzpunkt für antisowjetische Propaganda in Pakistan gefunden. Sie greift einen Leitartikel der in Karatschi erscheinenden Zeitung "The Leader" auf, demzufolge die Aktivitäten der sowjetischen Trawler in den fischreichen Küsten vor Pakistan eine alarmierende Situation geschaffen hätten. Der Lebensunterhalt von 50 000 Fischern sei in Frage gestellt, da sie keine Fischereiausrüstung und keine Schiffe hätten, die es mit den bei der russischen "Fischereioffensive" eingesetzten hochmodernen Geräten aufnehmen könnten. Die Küste Pakistans enthalte einige der herrlichsten Garneelenfanggründe der Welt und der jährliche Export habe bisher je über 100 Mio. Rupien erbracht. Als Ergebnis des russischen Fischfangs schrumpfe dieser Export bis zu etwa 20 Mio. Rupien zusammen. Abgesehen davon, daß die "russischen Eindringlinge" den pa-

kistanischen Fischern die einzige Lebensunterhaltsgrundlage entzogen, seien die sowjetischen Trawler auch in die territoriale Bannmeile Pakistans eingedrungen.

(27) Pakistan gegen kollektives Sicherheitssystem der UdSSR

Nach wie vor steht der sowjetische Vorschlag für die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien zur Diskussion. (Näheres vergleiche z.B. C.a. 72/2-Ü19) Hsinhua weiß nun auch über eine ausgesprochen negative Haltung Pakistans zu diesem sowjetischen Projekt zu berichten. (NCNA 6.3.): Pakistan heiße jede Regelung, die dem Frieden in Asien diene, aufs innigste willkommen. Doch ein begrenztes, kollektives Sicherheitsbündnis, das unter der Schirmherrschaft einer Supermacht stehe, gehöre gewiß nicht in den Rahmen einer solchen Friedensstrategie. Eine Macht, die ein solches Sicherheitssystem vorschlägt, habe bestimmt zuallererst ihr eigenes Interesse im Auge. Sie werde dem System bestimmte Freunde vorschreiben und ihm diktieren, welche Feinde zu verurteilen seien. Pakistan könne sich auf solche Machenschaften nicht einlassen. Bei dem sowjetischen Vorschlag gehe es doch "wenigstens teilweise" darum, China abzuschirmen und ein Gegengewicht gegen die Volksrepublik zu schaffen, wobei Indien eine maßgebende Rolle spielen solle. Aus pakistanischer Sicht übe China im asiatischen Raum jedoch einen durchaus positiven Einfluß aus. Aggressionsdrohungen kämen aus ganz anderen Ecken. Der Sache der asiatischen Sicherheit werde also keineswegs damit gedient, daß man sich vor imaginären Drohungen abschirme, während man die wirklichen Bedrohungen zu vertuschen suche.

(28) Sri Lanka: Bandaranaike-Gedenkhalle fertiggestellt

China hat der Republik Sri Lanka, die zu Indien ein gespanntes Verhältnis unterhält, ein Geschenk gemacht, das von Frau Bandaranaike als "Symbol der Freundschaft zwischen Sri Lanka und China" bezeichnet wurde (Rede zum Kulturabend am 24.2. 1973) und das wohl weitaus mehr politische Dividenden für China abwirft als es irgendwelche anderen Entwicklungshilfeleistungen vermöchten, die normalerweise auf praktische und schnell rentable Projekte hin orientiert sind: den Bau einer Gedenkhalle, der am 24.11.1970 begonnen wurde. Colombos Bevölkerung nahm am Bau dieser Halle regen Anteil. Frau Bandaranaike kam während der Bauzeit mehrmals demonstrativ und "nahm" einmal sogar selbst - wie es heißt - an den Bauarbeiten "teil". Die Halle wurde errichtet zum Andenken an den verstorbenen Premierminister I.S.W.R.D. Bandaranaike, der von 1956 bis 1959 Ministerpräsident des damaligen Ceylon war und am 26.9.1959 ermordet wurde. Frau Bandaranaike, die Witwe des Ermordeten, war von 1960 bis 1965 Ministerpräsidentin, wurde dann kurz Oppositionsführerin und hat inzwischen wiederum die Position des Ministerpräsidenten inne. Sri Lanka will sich künftig bemühen, Colombo zu einem Tagungsort der Nationen der Welt werden zu lassen. Die Bandaranaike-Halle wird hierbei gute Dienste leisten und soll die Völker - vor allem der Dritten Welt - stets an den Erbauer erinnern.

(29) Taiwan-Kundgebung in Peking

Am 26. Jahrestag (28. Februar) des Aufstandes der Bevölkerung der Provinz Taiwan wurde am 28.2. unter der Schirmherrschaft des Nationalen Komitees der Politischen Konsul-

tativkonferenz des Chinesischen Volkes in Peking mit einer Versammlung "feierlich begangen".

Zuerst sprach Liao Cheng-chih und appellierte sehr geschickt an das Nationalgefühl der "16 Millionen Landsleute in der Provinz Taiwan, die unser eigenes Fleisch und Blut sind": "Die Landsleute auf Taiwan verspürten immer größere Freude über den wachsenden Wohlstand des sozialistischen Vaterlandes, über die schnelle Entwicklung seiner außenpolitischen Beziehungen und sein steigendes internationales Prestige. Die Pläne für "zwei Chinas", "ein China und ein Taiwan", "ein China, zwei Regierungen", "der Unabhängigkeit Taiwans" und die Ansicht, "daß der Status Taiwans erst in Zukunft noch beschlossen werden müsse", gingen einem totalen Bankrott entgegen. An die Rückkehrwilligen appellierte Liao: "Wir behandeln alle Patrioten mit gebührendem Respekt und vergeben ihnen ihre in der Vergangenheit verübten Missetaten - wie schwer sie auch waren - unter der Voraussetzung, daß sie jetzt das sozialistische Vaterland unterstützen und für die Vereinigung des Vaterlandes arbeiten".

Anschließend sprach Fu Tso-yi, der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes. Er verwies darauf, daß die USA ihre fast 20 Jahre lang andauernde Fehleinschätzung der Weltlage zu korrigieren begännen. Im Shanghaier Kommuniqué vom 28. Februar sei ausdrücklich betont, daß keine Seite die Hegemonie im asiatischen und pazifischen Raum anstrebe und auch einer dritten Seite nicht gestatten dürfe, dies zu tun. Die alte fehlerhafte Taiwanpolitik der USA könne also nicht länger aufrechterhalten werden. Auch die "Tage, in denen unser Land mit Füßen getreten, unsere Nation unterdrückt und unser Volk seit dem Opiumkrieg von 1840 erniedrigt werden konnte, sind vorüber Alle Chinesen, ob in Taiwan oder auf dem Festland, sind erhaben und tragen stolz ihre Köpfe hoch".

Anschließend wies Fu darauf hin, daß auch er einmal Antikommunist gewesen und zum Kriegsverbrecher erklärt worden sei. "Als ich jedoch erkannte, daß das Vaterland nur unter der Führung des Vorsitzenden Mao vereinigt werden kann, trat ich entschlossen auf die Seite des Volkes über Wir hoffen, daß auch die Landsleute, die gegenwärtig in Taiwan leben, und die Auslandschinesen in anderen Ländern ihren Beitrag zur großen Sache der Vereinigung unseres Vaterlandes und der Wiedervereinigung unseres Volkes leisten werden. Die 700 Millionen Landsleute freuen sich eifrig auf die Rückkehr unserer Rassegenossen und werden diese herzlich begrüßen". Schon 1965 hatte der damalige Außenminister Ch'en Yi erklärt, daß die VRCh jeden begrüßen werde, der sich vom "US-Imperialismus" distanzieren und seine patriotischen Pflichten zu erfüllen bereit sei. Peking knüpft hier also an alte Traditionen an. Es hat mit dieser Veranstaltung der Kuomintang zu verstehen gegeben, daß man jederzeit bereit sei, offene oder geheime Gespräche zu führen. Die Wahl des ehemaligen Kuomintang-Generals Fu Tso-yi der 1949 mit seinen Truppen in Peking vor den Kommunisten kapitulierte und in der VRCh trotzdem zeitweilig Minister für Wasserwirtschaft wurde, hätte kaum geschickter ausfallen können. Ein Regierungssprecher in Taipei erklärte allerdings, das Ganze sei nicht einmal eines Kommentars wert (PRu 73/10, S.14 ff.)

(30) Vietnam-Konferenz

In einem Kommentar zum erfolgreichen Abschluß der Pariser Konferenz "gratuliert" die JMJP (3.3.73) dem vietnamesischen Volk zur Wahrung seiner "nationalen Grundrechte", die im Pariser Abkommen vom 27. Januar anerkannt worden seien und nun in der "Schlußakte" eine eindeutige internationale Garantie erhalten hätten. Dies sei ein Erfolg des vietnamesischen Volkes im langwierigen heldenhaften Kampf für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität seines Vaterlandes. Die gründliche Ausführung des Pariser Abkommens hänge vor allem von den gemeinsamen Anstrengungen der vier Signatar-Parteien ab. DRV und PRRS hätten das Pariser Abkommen und seine vier Zusatzprotokolle bisher strikt eingehalten. Dasselbe könne jedoch keineswegs von den USA und den "Saigoner Behörden" behauptet werden, die nach wie vor gegen den Geist des Vertrages verstießen und Sabotageakte verübten (vgl. Thema "Pariser Konferenz").

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN**(31) F.A.O.-Mitgliedschaft der VRCh**

Vom 1.4.73 an wird die VRCh ihren Sitz in der FAO (Food and Agriculture Organisation) einnehmen. Bisher war der Sitz in der FAO von der Nationalregierung auf Taiwan eingenommen worden.

Die VRCh könnte mit ihren Experimenten und Errungenschaften auf landwirtschaftlichem Gebiet, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Züchtung neuer Reis- und Getreidesorten, für die FAO ein interessanter Partner sein.

(32) Gegen Okkupation des Panamakanals

Am 26.1.73 hatte der UNO-Sicherheitsrat auf Antrag der Regierung von Panama beschlossen, vom 15. bis 21. März 1973 in Panama City Sitzungen abzuhalten, um über "Maßnahmen für die Aufrechterhaltung und die Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit in Lateinamerika in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Prinzipien der UNO-Charta" zu diskutieren. Nicht zuletzt der Zustimmung Chinas war es zu verdanken, daß diesem Antrag stattgegeben wurde.

Seit am 4.12.72 die Verhandlungen zwischen den USA und Panama über einen neuen Vertrag für den Panamakanal wiederaufgenommen wurden, begann sich ein Thema abzuzeichnen, das für Unterstützungsaktionen von Seiten der VRCh geschaffen war.

Ebenso wie die Sowjetunion forderte die VRCh dann in der Tat auch den Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Kanalzone. Panama selbst sollte die vollständige Verantwortung für den Kanal übernehmen.

AUSSENPOLITIK, ALLGEMEIN**(33) Chi P'eng-fei auf Reisen**

China ist dabei, eine größere diplomatische Initiative zu starten, um anderen Ländern seine Stellungnahme zu internationalen Fragen, vor allem gegenüber der Sowjetunion, zu erläutern. Außenminister Chi P'eng-fei hat auf sein Reise-

programm Visiten in Afghanistan, Pakistan, Ägypten, Algerien, Malta, Albanien, Jugoslawien, Rumänien, Italien, Frankreich und Großbritannien gesetzt. Die Reisen sollen so geplant werden, daß Chi bis zum Beginn der UN-Vollversammlung im kommenden September sein Programm abgeschlossen hat.

(34) Bald Interkontinentalraketen ?

C.a. hat in den letzten Monaten mehrere Male über den weiteren Ausbau des chinesischen Raketenpotentials berichtet (dazu z.B. C.a.72/2-Ü60). Nie freilich häuften sich die Nachrichten über die Möglichkeit der baldigen Erprobung einer Interkontinentalrakete derart wie gerade in diesen Wochen. Nach amerikanischen Satellitenaufnahmen soll China bereits eine dreistufige Interkontinentalrakete gebaut haben, die etwa 20% voluminöser ist als die größte sowjetische Rakete vom Typ SS-9.

Die erste Interkontinentalrakete soll Mitte Februar bereits aufgebaut gewesen sein. Der Abschluß sei jedoch nicht erfolgt. Möglicherweise habe es technische Pannen gegeben. Freilich seien in der Zwischenzeit bereits einzelne Stufen abgefeuert worden. Als Testzentrum für den Abschluß der ersten Interkontinentalrakete, deren Zielgebiet in der Nähe von Sansibar liegen soll, wird nicht Lop Nor, das chinesische Cape Kennedy, sondern ein Gebiet nahe Peking dienen. Sobald China nachgewiesen hat, daß es im Besitze einer globalen Artillerie ist, wird es nicht nur als drittstärkste Atommacht, sondern auch als dritte Raketenmacht dastehen; denn Großbritannien und Frankreich sind - trotz ihrer Mitgliedschaft im nuklearen Club - keine Besitzer von Fernwaffen mit globaler Reichweite. Mit einer einzigen Interkontinentalrakete hat China freilich auf diesem Gebiet noch nicht Weltmachtstatus errungen. Immerhin aber hat Peking gezeigt, daß es möglich ist, bei konzentriertem Forschungseinsatz technologische Entwicklungszeiten schrumpfen zu lassen. Hatten die USA für die Entwicklung von der Kernspaltbombe zur Kernfusionsbombe sieben Jahre und die Sowjetunion nur vier Jahre benötigt, so gelang Peking die Explosion einer Wasserstoffbombe innerhalb eines Zeitraums von nur drei Jahren nach Zündung der ersten A-Bombe. Ähnlich schnell scheint sich die Entwicklung nun auch bei den Trägerwaffen zu vollziehen. Offensichtlich überspringen sie gleich die erste Stufe der Interkontinentalraketechnik, nämlich die Verwendung von Flüssigsauerstoff, mit ihren technischen Verdampfungsproblemen und den daraus resultierenden militärischen Dilemmata einer langen Reaktionszeit. Statt dessen scheinen Pekings Wissenschaftler um Dr. Chien Hsüeh-Hsüeh-shen gleich auf Geschosse mit lagerbaren und selbstzündenden Treibstoffen gesetzt zu haben.

Sollte der Start der ersten Interkontinentalrakete noch in diesem Jahr gelingen, so hätte sich die Entwicklung von der ersten Zündung einer A-Bombe über kosmische Satelliten bis hin zur globalen Kanone mit nuklearer Munition in nur neun Jahren vollzogen. Da die USA und die Sowjetunion bisher keine Antiraketen gegen Interkontinentalgeschosse aufgebaut haben, wäre die chinesische Ausrüstung in diesem Bereich eine durchaus glaubhafte Abschreckungsmacht gegenüber der Sowjetunion. Selbst wenn China aber in den nächsten Wochen seine erste Interkontinentalrakete abschießen sollte, braucht es nach Meinung von Fachleuten mindestens noch drei Jahre, bis eine glaubhafte Abschreckungsmacht von 10-30 entsprechenden

Raketen entwickelt ist.

Nach Ansicht amerikanischer Strategen geht es den Chinesen mit der Entwicklung ihrer Interkontinentalrakete sowohl darum, eine potentielle "First Strike"-Gefahr abzuwenden, als auch darum, die Volksrepublik in die Reihe der wirklichen Weltmächte einzugliedern.

Hand in Hand mit Erreichung dieses Ziels würde auch die Möglichkeit eines "chirurgischen militärischen Eingriffs" der Sowjetunion in China wesentlich reduziert. Freilich könnten andere asiatische Staaten wie Indien und Japan infolge dieser Entwicklungen dazu ermuntert werden, nun ihrerseits Nuklearwaffen zu entwickeln und zumindest ein eigenes Abschreckungspotential zu bilden.

Neben diesen aufsehenerregenden Entwicklungen auf dem Gebiet der Interkontinentalraketen verfügt China z.Zt. über etwa 50 Raketen mit Reichweiten von 6-3500 Meilen. Nur eine kleine Anzahl dieser Geschosse befindet sich in Silos. Die meisten werden in "weichen" Unterkünften über der Erde aufbewahrt. Bemerkenswert ist ferner, daß die Chinesen die meisten ihrer Raketen in Gruppen von nur 2-3 Stück verteilen, während beispielsweise die typischen sowjetischen und amerikanischen Raketenkomplexe aus einer Zusammenfassung zahlreicher Geschosse bestehen. Neben den Raketen, die zu Testzwecken westlich von Peking gehalten werden, sollen sich weitere Abschußplätze in Gegenden nahe der koreanischen Grenze, südlich von Peking und südlich und westlich der Äußeren Mongolei befinden (IHT 5.3.73).

In den USA verfolgt man diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Anfang März wurde ein Aufklärungssatellit von Cape Kennedy aus zu dem Zweck gestartet, militärische Entwicklungen in der Sowjetunion und in der VRCh zu überwachen. Es handelt sich hier um den zweiten Satelliten, der zu diesem Zweck innerhalb von drei Monaten gestartet wurde. Vor allem soll die Aufstellung von Raketen in der Sowjetunion

und in China beobachtet werden, ferner alle Aktivitäten im Hinblick auf Raketenstarts sowie größere Truppenbewegungen (IHT 7.3.73)

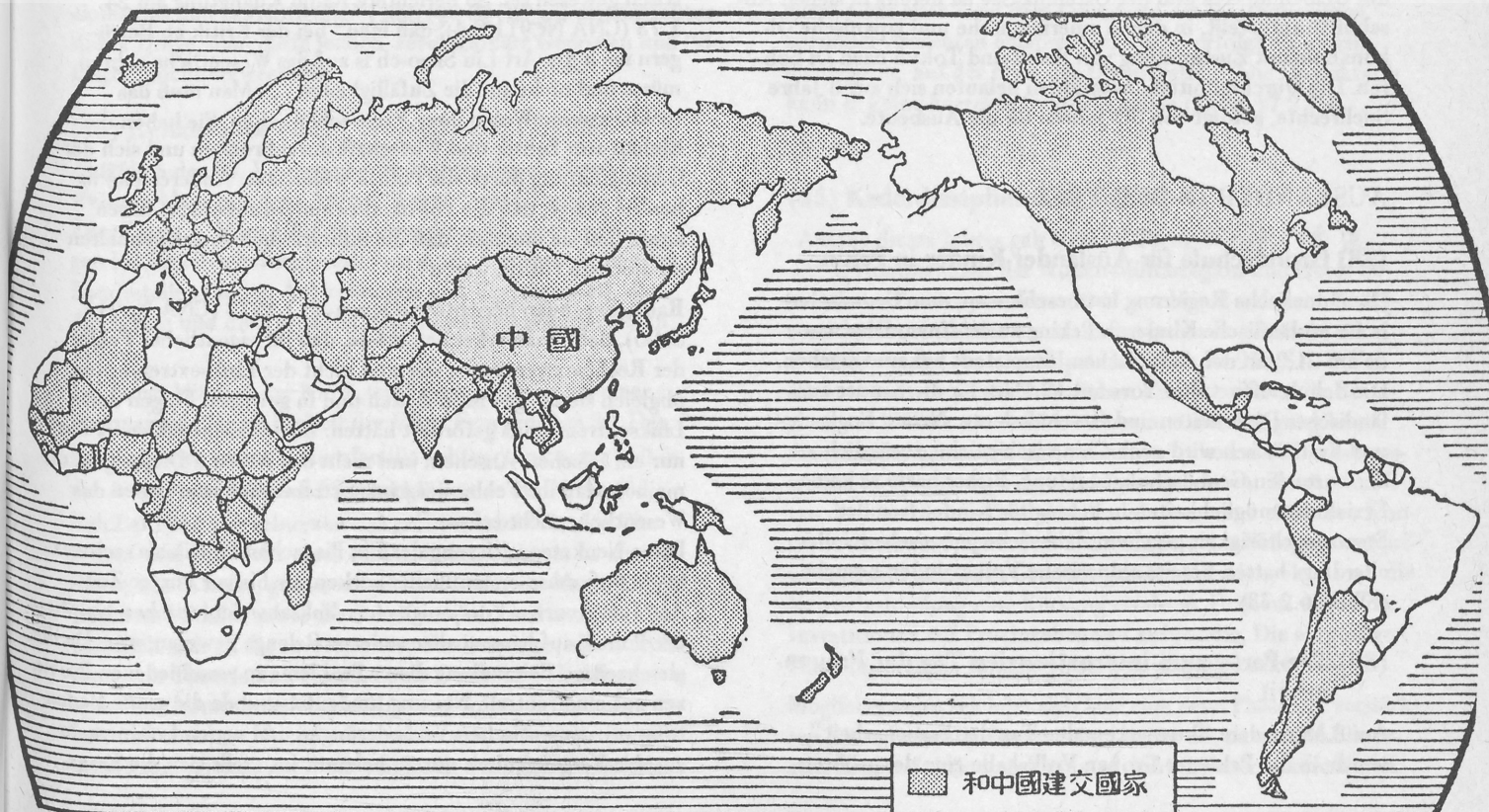
(35) Diplomatische Beziehungen der VRCh Ende 1972

C.a. hat die diplomatischen Beziehungen der VRCh auf dem Stande von Februar 1973 bereits systematisch dargestellt (C.a. 1973/3, S.99 f.).

Auf der hier abgedruckten Karte findet sich noch einmal ein nach geographischen Gesichtspunkten aufgeteiltes Bild der diplomatischen Beziehungen nach dem Stande von Ende 1972. Die Karte ist der prokommunistischen, in Hong Kong erscheinenden Ta Kung-pao vom 22.1.73 entnommen. Bemerkenswert auf dieser Karte sind die zahlreichen "weißen Felder" in Amerika, Afrika und vor allem in Südostasien. In Europa müßte allerdings nun auch Spanien "gepunktet" dargestellt werden.

(36) Chinas Kriegsmarine

Die Kriegsmarine der VRCh ist nach einer in der neuesten Ausgabe der amerikanischen Fachzeitschrift "Sea Power" veröffentlichten Übersicht die drittstärkste der Welt und wird an Schlagkraft nur von den USA und der Sowjetunion übertroffen. Mit 40 modernen konventionellen Unterseebooten rangiere China vor Großbritannien mit 35, Frankreich mit 21 und Japan mit 12 derartigen Booten. Auch in der Personalstärke liege die chinesische Marine mit 150 000 Offizieren und Mannschaften vor Großbritannien mit 80 000, Frankreich mit 70 000 und Japan mit 40 000 Mann. Die chinesischen Seestreitkräfte verfügten über hunderte von kleineren, aber sehr wirksamen Schiffseinheiten, darunter auch Tragflächenboote. Einige der Schiffe seien mit Styx-Raketen ausgerüstet (zitiert nach FAZ 10.3.73) (Näheres



zur Stationierung, Stärke, Strategie und zum Aufgabenbereich der Kriegsmarine vgl. in C.a. 72/10-31 ff.: "Chinas Marine beginnt die Flagge zu zeigen").

Dem Vernehmen nach sollen die Chinesen schon über ein Unterseeboot mit Abschlußrampen für Mittelstreckenraketen verfügen, aber noch keine geeigneten Raketen dafür besitzen. Nach Ansicht amerikanischer Marinestellen könnten die Chinesen auch durchaus in der Lage sein, bis 1981 über einige atomgetriebene U-Boote mit ballistischen Raketen zu verfügen (NZZ 11.3.73).

(37) China protestiert gegen Ölbohrungen im Bereich der chinesischen Küste

Ein Sprecher des Außenministeriums der VRCh gab am 15.3. 73 folgende Erklärung ab: "Vor kurzem haben die "Glomar 1V", eine in Panama registrierte und von amerikanischen Ölgesellschaften gecharterte schwimmende Ölbohranlage sowie mehrere Hilfsschiffe intensive Bohrungen im Gelben- und im Ostchinesischen Meer mit Zustimmung der südkoreanischen Behörden durchgeführt. Es ist bekannt, daß die internationalen Ölmonopole seit langem auf die Meeresbodenressourcen an der chinesischen Küste aus sind. In den letzten Jahren haben sie in den Küstengebieten Chinas immer wieder intensive Untersuchungen angestellt. Die oben erwähnte jüngste Bohrung ist offensichtlich ein neuer Schritt der Internationalen Ölmonopole, die Meeresbodenressourcen an der Küste Chinas an sich zu reißen. Das muß die Aufmerksamkeit der chinesischen Regierung und Bevölkerung erregen. Die Meeresbodenressourcen entlang der Küste Chinas gehören China. Die Bereiche der Jurisdiktion Chinas und seiner Nachbarn im Gelben und im Ostchinesischen Meer sind noch nicht abgegrenzt worden " (NCNA 15.3.). Zum Streit zwischen Taiwan, der VRCh, Japan und Südkorea um die der chinesischen Küste vorgelagerten Tiao - yu - t'ai (Japanisch: Sengaku-) Inseln vgl. im einzelnen C.a. 72/5-19 ff. Nahezu die ganze östliche Hälfte des Gelben Meeres und der Ostchina-See ist bereits in sieben Abschnitte aufgeteilt, in denen amerikanische und japanische Ölkonzerne mit Zustimmung von Seoul und Tokyo nach Öl bohren. Die Durchschnittskonzessionen belaufen sich auf 8 Jahre Suchrechte, gefolgt von 30 Jahren für die Ausbeute.

AUSLÄNDER IN DER VRCh

(38) Grundschule für Ausländer-Kinder in Peking

Die chinesische Regierung hat beschlossen, eine Grundschule für ausländische Kinder in Peking zu eröffnen. Dies wurde am 21.2. in der chinesischen Hauptstadt bekanntgegeben. Die Schule öffnet ihre Tore am 12. März für die Kinder ausländischer Diplomaten und Geschäftsleute. Neben Englisch und Französisch wird auch Chinesisch gelehrt, zusätzlich zu der normalen Grundschulausbildung. Bisher hatte es keine Erziehungsmöglichkeiten in Peking für Kinder fremder Staatsangehörigkeit gegeben. Zahlreiche japanische Kinder allerdings hatten bereits chinesische Volksschulen besucht (SWB 26.2.73).

(39) Tee-Party zum internationalen Tag der Frauenarbeit

Am 8. März, dem "Internationalen Tag der Frauenarbeit", wurde in der Pekinger Großen Volkshalle eine der größten

"Tee-Parties" der Welt veranstaltet. Über 1000 chinesische Frauen kamen dort mit den Ehefrauen ausländischer Diplomaten und Journalisten zu einem zweistündigen Empfang zusammen. Es handelte sich hier um die erste Feier dieser Art seit 1965. Die Kulturrevolution, in der fast sämtliche etablierten Massenorganisationen schwer angeschlagen worden waren, hat den alten Brauch für nicht weniger als sieben Jahre unterbrochen. Männer waren nur in der Person des Außenministers Chi P'eng-fei und einiger älterer Angehöriger des Außenministeriums vertreten. Damit wurde der internationale Charakter des Festtages betont. Die JMJP vom 8.3. nahm den Festtag zum Anlaß, um für Spätheirat, Familienplanung sowie für die Aufteilung der Haushaltsarbeit zwischen Mann und Frau zu plädieren (vgl. Thema "Wenigstens ein Drittel des Himmels für die Frauen").

(40) Erkenntnis einer China-Reisenden

Margaret Allen, die als Touristin für die "Times" China besuchte, kam zu einer Erkenntnis, die sie allen künftigen Touristen ins Stammbuch schreiben will: "Die Chinesen gehen, möglicherweise ganz zu Recht, davon aus, daß der Besucher ihres Landes an sämtlichen Aspekten ihres Lebens interessiert sei und nicht nur an touristischen Attraktionen". Ein Besuch in der VRCh biete deshalb immer einen universellen Einblick und dürfe nie als Stippvisite geplant werden (Times, Saturday Review, 17.3.73).

INNENPOLITIK

(41) Lin Piao als "rechtsextrem" verurteilt

In den letzten Wochen ist in den chinesischen Provinzmedien wiederholt betont worden, daß die Politik von Betrügnern nach der Art Liu Shao-ch'is (wie Lin Piao und seinen Anhängern) nicht linksextremistisch, sondern rechtsextremistisch gewesen sei. So berichtete Radio Kuangtung am 24. 1.73 (CNA Nr.911 S.4), daß man "bei der Kritik an Betrügnern nach der Art Liu Shao-ch'is auf das Wesentliche achten müsse und nicht auf die Zufälligkeiten Man muß das rechtsextreme Wesen ihrer Verbrechen sehen. Sie haben die Einheit von Politik und Wirtschaft durchbrochen und sich der Gesamtführung durch die Politik widersetzt. Andererseits haben sie gesagt, daß die Politik alles andere außeracht lassen kann, und sie meinten, daß die militärischen Angelegenheiten die höchste Politik wären".

Radio Szechuan berichtete u.a. am 30.1.1973 (CNA Nr.911, S.4-5), daß "man erkennen müsse, daß ihr eigentlicher Fehler der Rechtsextremismus war und nicht der Linksextremismus, obgleich sie zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen den Linksextremismus gefördert hätten. Ihr Linksextremismus war nur ein falscher Anschein und nicht das Wesen... Diejenigen, die meinen, daß ihr Fehler der Linksextremismus war, haben das Wesentliche nicht erfasst."

Diese Neukategorisierung der Lin Pioschen Politik als rechtsextrem muß umso erstaunlicher wirken, als bis vor kurzer Zeit der Hauptvorwurf derjenige einer linksabweichlerischen Emphase der Politik auf Kosten aller anderen Belange gewesen war. Da die gleichzeitige Behandlung dieses Problems in verschiedenen Provinzen auf eine zentrale Weisung hindeutet und da die große Bedeutung von semantischen Veränderungen und neuen Leitformeln aus der Vergangenheit nur zu bekannt ist, stellt sich die Frage,